

Kampf für mehr Akzeptanz

Bürger und Gemeinden für den weiteren Ausbau der Windkraft zu gewinnen, wird künftig eine der größten Herausforderungen des BWE-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen sein.

Text: Sascha Rentzing

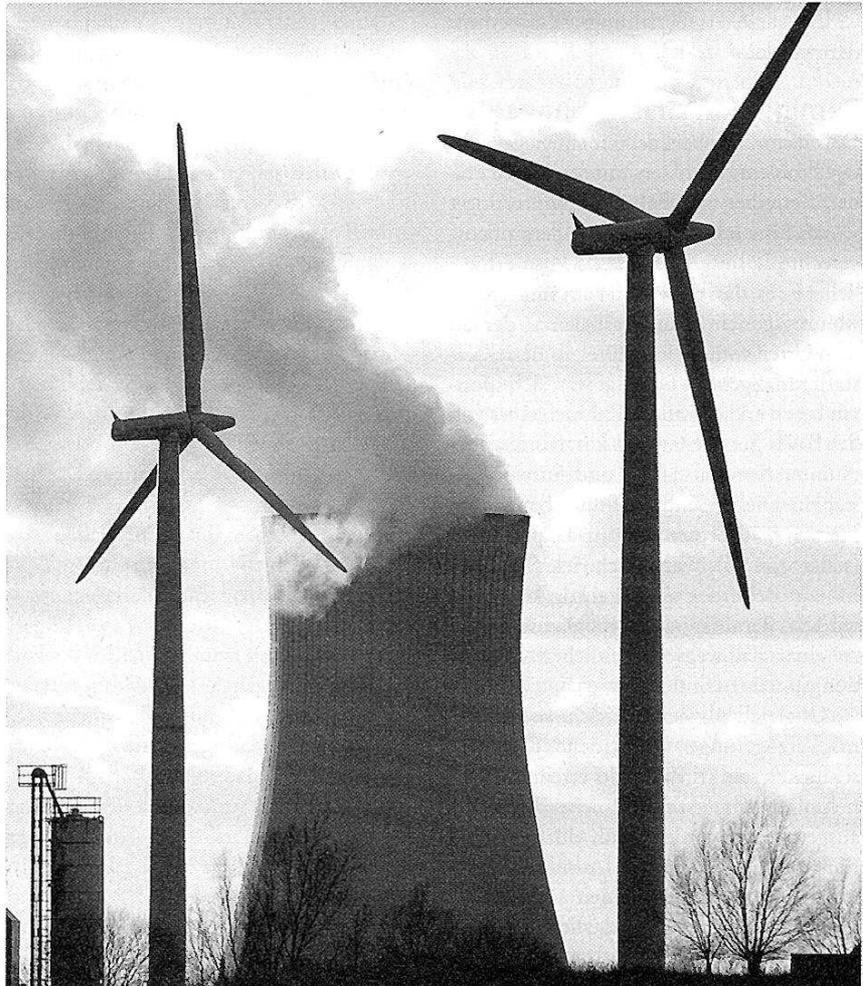
Am Beispiel Wünnenberg im Kreis Paderborn lässt sich deutlich erkennen, worin die Crux beim weiteren Windkraft-Ausbau in Nordrhein-Westfalen besteht: Auf einer ausgewiesenen Vorrangfläche wollte ein Zusammenschluss regionaler Grundstückseigentümer vier Vestas-Turbinen vom Typ V90 mit je zwei Megawatt (MW) aufstellen. Die Stadt hatte was gegen die 80 Meter-Mühlen und verweigerte die Baugenehmigung ohne jegliche Begründung. Erst als die Grundstückseigentümer eine Klage eingereicht hatten, zeigte sich der Wünnenberger Rat kompromissbereit – und genehmigte immerhin zwei der dreiflügeligen Stromerzeuger, die in den kommenden Wochen endlich installiert werden können.

„Es wird immer schwieriger, an die Gemeinden ranzukommen und sie von der Windenergie zu überzeugen“, schildert Friedbert Agethen, Vorsitzender des 3.437 Mitglieder starken BWE-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, das Problem. Heute müsse man oft erst juristischen Druck erzeugen, um etwas ausrichten zu können.

Doch die Städte und Gemeinden seien nicht die einzige Hürde beim weiteren Windkraft-Ausbau: Auch immer mehr Bürger lehnten Windkraft-Anlagen ab. „Vor allem in Regionen, wo sich bisher keine oder nur wenige Turbinen drehen, wie beispielsweise im Münsterland, stoßen Neubaupläne auf strikte Ablehnung. In bereits erschlossenen Gebieten ist die Errichtung weiterer Anlagen dagegen in der Regel kein Thema. Dort haben sich die Menschen offenbar mit der Windkraft arrangiert“, vermutet Agethen.

Übermacht der Kohle

Klar, dass es bei der stärker werdenden Anti-Windkraft-Front zu einer immer wichtigeren Aufgabe des BWE-Landesverbandes und der fünf BWE-Regionalverbände Bergisches-Land, Paderborn-/Lippe/Höxter, Münsterland, Südwestfalen und Rheinland wird, den Planern und



IM REVIER: In Nordrhein-Westfalen kämpfen Windmüller gegen die Übermacht der Kohlelobby.

Betreibern zwischen Rhein und Weser bei der Durchsetzung ihrer Projekte den Rücken zu stärken. „Wir versuchen das durch aktive Pressearbeit, persönliche Gespräche mit den Gemeindevertretern und Informationsveranstaltungen vor Ort“, sagt der Landesvorsitzende.

So leistet sich der Landesverband zwar kein eigenes Büro, seit zwei Jahren dafür aber einen externen Mitarbeiter, der die Pressearbeit übernimmt und die Internet-

seite des BWE-NRW regelmäßig mit aktuellen Wind-News speist.

Auch „Tage der offenen Tür“ sowie Mühlenbesteigungen werden vom Verband in letzter Zeit immer häufiger unterstützt und veranstaltet. Die Mitglieder des Regionalverbandes Rheinland etwa sind bei der Organisation solcher Events mittlerweile schon Profis. So gibt es kaum eine Windpark-Einweihung, bei der Vorsitzender Bernd Schönicke und sein Team nicht

mit Infotafeln und Prospektmaterialien präsent sind und für Fachgespräche zur Verfügung stehen.

Dem schwächeren Trend beim Windkraft-Ausbau in NRW, der nun schon seit zwei Jahren anhält, haben die Ehrenamtlichen trotz ihres Engagements jedoch nicht entgegenwirken können. Im Hochsauerlandkreis und dem Kreis Soest etwa – sonst in Sachen Windkraft-Ausbau in den Landesstatistiken ganz weit vorne – passierte im vergangenen Jahr so gut wie gar nichts. Im Kreis Soest wurden in 2003 gerade mal 22 Anlagen mit 23,5 MW aufgestellt, im Hochsauerland keine einzige.

Dennoch rangiert NRW mit insgesamt 2.177 Anlagen und einer installierten Leistung von 1.907 MW im Vergleich der Bundesländer knapp hinter Brandenburg (1.908 MW) noch immer auf Rang vier. Auf Platz fünf und sechs folgen Sachsen-Anhalt (1.705 MW) und Mecklenburg-Vorpommern (960 MW).

Warum in NRW der Anteil der Windenergie am Stromverbrauch mit derzeit 2,9 Prozent trotz der relativ hohen Aufstellungszahlen im Vergleich zu Bundesländern wie Schleswig-Holstein (26,5 Pro-

eine Verstromung vor Ort Sinn, woraus dann die immense Überproduktion resultiert.

Weitere 400 MW sind möglich

Aus der Sicht der BWE-Aktivistinnen im Land könnte die Windkraft im Kohleland jedoch noch eine bedeutend größere Rolle spielen. „Würden die Gemeinden die Windkraft da zulassen, wo sie Sinn macht, wäre bei uns locker noch einmal eine Verdoppelung der installierten Leistung möglich“, sagt Matthias Kynast, Vorstandsmitglied des BWE-Regionalverbandes Südwestfalen. Doch der Mann aus Erwitte bei Lippstadt weiß auch, dass ein Ausbau in diesem Umfang bei der derzeitigen Stimmung der Gemeinden wohl eher nicht stattfinden wird.

Bedenken hat Kynast aber auch, was das Tempo des weiteren Windkraft-Ausbaus betrifft. „Wer künftig eine Windmühle aufstellen möchte, wird einen langen Atem brauchen“, sagt er voraus. Grund für diese Prognose ist das novellierte Baugesetzbuch, das Kommunen die Chance bietet, Windparks zeitlich noch länger zu verzögern (neue energie 6/2004). „Gemeinden, die mit der Ausweisung von Vorrangflächen für

NRW die TA-Lärm und eine Schattenschwurfbewertung aus, um festzulegen, welcher Abstand zur Wohnbebauung eingehalten werden muss.

Das Repowering, also der Ersatz alter, durch leistungsstärkere neue Anlagen, wird nach Auffassung Kynasts beim weiteren Windkraft-Ausbau nur eine nebensache spielen. „Mühlen mit weniger als 500 Kilowatt Leistung, die ersetzt werden müssten, gibt es in NRW kaum. Da hat Schleswig-Holstein, wo bereits Anfang der Neunzigerjahre im großen Stil mit dem Bau von Windmühlen begonnen wurde, ganz andere Potenziale.“

Und worin sieht der Windaktivist für den Verband in NRW künftig noch weitere Arbeitsschwerpunkte? Eine Aufgabe, so der Westfale, werde darin bestehen, noch stärker den Kontakt zu den Akteuren aus den Bereichen der anderen erneuerbaren Energien zu suchen. „Mit der Windenergie haben wir bereits Erfahrungen gemacht, die wir an die Biomasse- und Solarbranche weitergeben können.“ So sei man unter anderem „geschult“ im Umgang mit den Netzbetreibern und Themen wie Einspeisebedingungen und Messkosten.

Last but not least will sich der BWE in Zukunft noch mehr für die Rechte der Betreiber gegenüber den Herstellern einsetzen. Probleme gebe es besonders im Bereich Service und Wartung. „Notwendige Ersatzteile werden oft nicht schnell genug geliefert.“ So stünden Anlagen lange still, was zu Ertragsausfällen führe. Denkbar sei deshalb, eine Ersatzteilschmiede einzurichten, auf die Betreiber in Schadensfällen rasch zurückgreifen könnten. „So würden wir uns von den Herstellern ein Stück weit unabhängiger machen“, sagt Kynast.

Das würde freilich auch Landesvorsitzender Friedbert Agethen begrüßen. Er ist jedoch Realist genug, um zu erkennen, dass die wenigen ehrenamtlichen BWEler in NRW diese vielen Aufgaben künftig kaum noch packen können. Erst recht dann nicht, wenn die Front gegen die Windkraft an Rhein und Weser noch weiter wächst. ◀

► Mit diesem Beitrag startet die neue energie eine Serie über die Arbeit der Landes- und Regionalverbände des BWE. Für Anregungen und Vorschläge sind wir offen. Die Redaktion Ansprechpartner: Sascha Rentzing

Verbandscheck BWE Nordrhein-Westfalen	
+	-
Starker Verband mit 3.437 Mitgliedern	Kein eigenes Büro
Professionelle Pressearbeit	Mehr ehrenamtliche „Manpower“ nötig, um die vielen Aufgaben zu schultern
2.177 Windmühlen mit einer Gesamtleistung von 1.907 MW installiert	Engerer Kontakt zu den Gemeinden und Herstellern von Windkraft-Anlagen muss hergestellt werden
Gute Betreiber: Anteil der im BWE gemeldeten/organisierten Windleistung beträgt 42,8 Prozent	

zent) oder Niedersachsen (23,5 Prozent) so gering ist, leuchtet ein: Im Ruhrgebiet und im Rheinischen Braunkohlenrevier stehende Dutzende Großkraftwerke. Abnehmer sind nicht nur die großen energieintensiven Stahl- und Chemiebetriebe. Mehr als ein Drittel der in den öffentlichen Kraftwerken erzeugten Kilowattstunden ging nach offiziellen Zahlen Anfang 2000 über die Landesgrenzen. Im Energieland Nordrhein-Westfalen werden gut 85 Prozent der deutschen Steinkohle und über 55 Prozent der bundesweiten Braunkohle gefördert – aus wirtschaftlichen Gründen macht nur

die Windkraft bisher geschlafen haben, wird nun noch die Möglichkeit eingeräumt, Baugesuche bis zu einem Jahr zurückzustellen. Das ist eine Farce.“

Für realistisch hält Kynast in den kommenden Jahren noch einen Zubau von rund 20 Prozent, also rund 400 MW. Voraussetzung dafür sei aber, dass die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf ihren „akzeptablen“ Windkraft-Kurs beibehalte und nicht wie etwa das Saarland oder jüngst Mecklenburg-Vorpommern auf die Idee komme, eine 1.000-Meter-Abstandsempfehlung zu verabschieden. Bisher reichen in